

# „Das Feld nicht den Angstmachern überlassen“

■ KREIS ESSLINGEN: Der scheidende Verteidigungsexperte setzt auf bessere Prävention – SPD soll mit Verteilungsgerechtigkeit und Rentenplänen punkten

Es war das letzte Neujahrs-Pressegespräch, zu dem Rainer Arnold (66) als Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Nürtingen gestern eingeladen hatte. Im Herbst wird der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, der seit 1998 im Bundestag sitzt, nicht mehr antreten. Noch setzt er sich aber für eine wehrhafte Demokratie ein und für gerechte Vermögensverteilung.

Was wollen Sie im letzten dreijährigen Jahr Ihres Abgeordnetenseins noch unbedingt erledigen?

**Arnold:** Ich will bis zu meinem letzten Arbeitstag die Politik mitgestalten, im Wahlkreis und in Berlin. Die SPD-Fraktion will noch einige Nägel mit Köpfen machen, zum Beispiel um das Rentensystem stabil zu halten. Wir drängen zu mehr sozialem Wohnungsbau und mir liegt ein besseres Arbeitsrecht am Herzen. Die grundlose Befristung von Zeitverträgen muss weg. Angesichts sprudelnder Steuerquellen muss eine Entlastung her, und zwar im mittleren Bereich – bei gleichzeitiger Belastung wohlhabender Menschen. Die Integration der Flüchtlinge bleibt eine Aufgabe, die Geld und Kraft kostet. Ich werde weiterhin für eine Europäisierung der Sicherheitspolitik werben.

Wohnungsmangel ist im Raum Stuttgart ein zentrales Thema. Was muss konkret passieren?

**Arnold:** Zunächst gilt es klarzustellen, dass dieses Problem nicht mit den Flüchtlingen gekommen ist. Aber die Menschen haben das Gefühl, dass zusätzliche Konkurrenz entstanden ist. Es geht aber um Wohnraum für alle. Auch Menschen mit mittlerem Einkommen finden im Ballungsraum kaum mehr etwas Bezahlbares. Es ist auch schon etwas passiert: Der Bund hat zwei Mal die Mittel für den sozialen Wohnungsbau aufgestockt. 2017 stehen dafür 1,5 Milliarden Euro bereit, die über die Länder an die Kommunen gehen. Wir erwarten, dass die Länder das Geld weiterreichen und zusätzlich aufstocken.

Der Wohnungsbau wird aber nicht nur durch die Mittel begrenzt.

**Arnold:** Es tut sich etwas bei den Rahmenbedingungen. Die Region Stuttgart, die ich vor einem Jahr wegen ihrer Regionalplanung kritisiert hatte, sendet die klare Botschaft an die Kommunen, sie sei beweglich, wenn es um verdichteten Wohnungsbau geht. Wenn man mehr Fläche ausweist, lässt sich ein guter sozialer Mix umsetzen.

Sie sind derzeit im Wahlkreis mit der Veranstaltungsreihe „Demokratie verteidigen“ unterwegs.



„Demokratie verteidigen – Extremismus entgegnetreten“ – der Titel seiner Veranstaltungsreihe zeigt, was Rainer Arnold in seinem letzten Jahr als Abgeordneter besonders am Herzen liegt. Archivfoto: Bulgria

Fürchten Sie eine Spaltung unserer Gesellschaft?

**Arnold:** Mich beschäftigt diese Diskrepanz, dass 60 Prozent der Menschen mit ihrer persönlichen Lage zufrieden sind, aber fast genauso so viele sagen, unserem Land gehe es schlecht. Das ist für mich ein Signal, dass unsere Demokratie verteidigt und belebt werden muss. Wir brauchen engagierte Demokraten, die nicht stauend am Spielfeldrand stehen. Wir dürfen das Feld nicht den Rechten überlassen, die Ängste verstärken und den Menschen weismachen wollen, dass all die sozialen Probleme um Wohnraum und Vermögensverteilung mit den Flüchtlingen aufgetreten sind.

Fürchten Sie nicht, mit Fakten nehmend ungehört zu bleiben?

**Arnold:** Es hilft nichts, mit starken Sprüchen zu agieren wie die CSU.

Die Sorgen der Bürger kann ich aber nicht mit Statistik wegdücken. Die Ängste sind trotz sinkender Kriminalität da und obwohl Flüchtlinge keine höhere Kriminalitätsrate aufweisen. Man muss Sicherheitsfragen mit kühlem Verstand abwägen und sorgsam nachsteuern. Ich sehe jedoch weniger eine Gesetzeslücke als ein Umsetzungsdefizit. Es war die SPD-Fraktion, die den CDU-Innenminister unter Druck gesetzt hat, um 4300 neue Stellen bei der Bundespolizei zu schaffen. Und bei den Ländern wären insgesamt 15.000 neue Stellen nötig.

Welche Umsetzungsdefizite meinen Sie?

**Arnold:** Das tragische Ereignis in Berlin zeigt, dass man auffällige Migranten, dass man erkannte Straftäter ohne Bleiberecht hinter Gitter lassen muss, bis die Abschie-

bung realisiert werden kann. Das Wichtigste ist jedoch die Prävention. Ich halte Videoüberwachung im öffentlichen Raum für sinnvoll, wir müsse auch wissen, was in Moscheen gepredigt wird. Entscheidend ist, dass wir den jungen Männern eine Perspektive geben, so dass sie etwas zu verlieren haben. Dazu gehört auch, dass wir ein modernes Einwanderungsgesetz schaffen, das einem kleinen Teil der jungen Männer aus den Maghrebstaaten eine legale Bleibemöglichkeit schafft. Aber die CDU wird sich erst bewegen, wenn ihr die Wirtschaft auf die Füße tritt.

Sie kennen Afghanistan von vielen Truppenbesuchen. Kann man in dieses Land guten Gewissens abschieben?

**Arnold:** Bis auf Einzelfälle ist das nicht zu verantworten. Es gibt wenige sichere Regionen, aber allein

die Fahrt von Kabul dorthin ist schon lebensgefährlich. Das sehen auch die meisten Richter so.

Wie groß ist Ihre Hoffnung, dass Afghanistan in absehbarer Zeit zur Ruhe findet?

**Arnold:** Die London-Konferenz formulierte, das Land solle bis 2025 wieder ein normales Entwicklungsland sein. Das bezweifle ich. Für mich steht fest, dass der Terror nicht mit militärischen Mitteln in den Griff zu kriegen ist. Deshalb muss es Verhandlungen mit den Taliban geben und einen Versöhnungsprozess in der Gesellschaft.

Sie haben die Reform der Bundeswehr begleitet und viele Standorte besucht, die geschlossen werden sollen. Wohin muss sich die Bundeswehr entwickeln?

**Arnold:** Die Reform von de Meizière war vom Ansatz her schon falsch: Alle Fähigkeiten mit weniger Geld zu erhalten, geht nicht. Die neue Verteidigungsministerin hat begonnen, das schrittweise zu korrigieren und versucht beispielsweise, die Bundeswehr als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren. Aber sie kann besser ankündigen als umsetzen. Notwendig ist, Prioritäten zu setzen, damit die Verteidigungskraft der NATO nicht nur auf dem Papier steht. Das ist keine Aufrüstung, wenn wir wieder so viele gepanzerte Fahrzeuge anschaffen, dass wir konventionell verteidigungsfähig sind. Bei den Auslandseinsätzen ist ein fundamentaler Wandel im Gang: Wir müssen mit frühzeitiger Ausbildung und Ausrüstung labile Staaten in die Lage versetzen, selbst klar zu kommen.

Als Sie in den Bundestag eingezogen sind, hatte die SPD 40 Prozent. Jetzt liegt sie bei 25 Prozent im Bund, das Landesergebnis war katastrophal. Wie soll Ihre Partei eine Trendwende einleiten?

**Arnold:** Wenn ich das wüsste, wäre ich König in der Partei. Die Tragik ist, dass seriöse Regierungsarbeit nicht zwangsläufig zu besseren Wahlergebnissen führt. Unsere Stunde wird nach Frau Merkel kommen und darauf bereiten wir uns vor. Anstelle ihres Einschleferungskurses müssen wir die politischen Fragen pushen: Verteilungsgerechtigkeit und ein stabiles Rentensystem über das Jahr 2030 hinaus. Und ich rate der Partei, sichtbar zu machen, dass wir die Pro-Europa-Partei sind. Das ist immer noch mehrheitsfähig. Ich glaube, die SPD ist besser aufgestellt als vor vier Jahren.

■ Die Fragen stellte Roland Kurz.